

Auszug aus der Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr des Rates der Stadt Meckenheim vom 15.02.2024

5	Mobilitätskonzept; Projektsteckbriefe	hier: Vorstellung	der	I/2024/1387
---	--	-------------------	-----	-------------

Die Verwaltung führt in das Thema ein und weist insbesondere auf die bereits abgeschlossenen Beteiligungsformate hin. Zudem wird erläutert, dass der heutige Tagesordnungspunkt, ebenso wie die geplante digitale Bürgerinformationsveranstaltung am 20.02.2024, der Weiterentwicklung der Abstimmungsprozesse um das Konzept dient, um die finalen Beschlüsse zum Mobilitätskonzept im März/April zu treffen. Die Politik erhält damit an dieser Stelle Gelegenheit, sämtliche Steckbriefe öffentlich zu diskutieren. Dabei wird nochmals darauf hingewiesen, dass das Konzept ein Rahmenkonzept darstellt und die enthaltenen Steckbriefe als strategische Absichten zu verstehen sind und keine Detailplanungen enthalten. Vielfach werden zur Umsetzung der Steckbriefe Detailplanungen oder gutachterliche Untersuchungen notwendig sein, die aber nicht Gegenstand des Mobilitätskonzeptes und folglich der nachfolgenden Diskussion sein sollten.

Das Wort wird an die anwesenden Mitarbeitenden des Planungsteams der beiden Planungsbüros VIA eG sowie ISAPLAN Ingenieur GmbH übergeben. Die bisherigen Arbeitsschritte werden benannt sowie auf die Stellung des Konzeptes als Rahmenplan hingewiesen. Zudem wird über den Stand politischer Beschlüsse und abgeschlossener Beteiligungsformate informiert. Der Aufbau des nachfolgenden Vortrages wird erläutert, wobei zunächst über die Verkehrsgrundnetze informiert wird, die wiederum die konzeptionelle Grundlage für einzelne Steckbriefe darstellen. Die Steckbriefe wurden auf Grundlage des Zielkonzeptes, das am 06.09.2023 beschlossen wurde, entwickelt und stellen die eigentliche Aufgabe für die Mobilitätsentwicklung der nachfolgenden Jahre dar. Für den Vortrag sind ausgewählte Steckbriefe identifiziert worden, die aufgrund ihrer Komplexität und Relevanz umfassend vorgestellt werden, während die übrigen Steckbriefe in der Übersicht dargestellt werden. Dabei wird erneut auf die fehlende Detailschärfe hingewiesen, die erst bei Projektumsetzungen zu erfolgen hat. Die Diskussion sollte, aufgrund der Länge des Vortrages nicht, wie üblich, am Ende des Tagesordnungspunktes, sondern direkt per Handzeichen erfolgen.

Von Seiten des Ausschusses wird darüber informiert, dass sich die Foliensätze, welche dem Gremium über Session vorliegen, von den nun gezeigten Foliensätzen nur dahingehend unterscheiden, dass die gezeigten leicht komprimiert und durch den Vortragsmodus neu sortiert wurden. Die Verwaltung und das Planungsteam erklären, dass dem Gremium, aufgrund der Länge und des Umfangs, ein vollständiger Foliensatz zum frühestmöglichen Zeitpunkt per Mail zur Verfügung gestellt worden ist. Bei der vorab versendeten Version handelte es sich um den damals gültigen Arbeitsstand. Sofern Rückfragen und

Anmerkungen zu Inhalten bestehen, die nicht oder in anderer Reihenfolge gezeigt werden, können diese dennoch in der Sitzung thematisiert werden.

Grundnetze Rad-, Fuß-, und Kfz-Verkehr:

Die drei Grundnetze Rad-, Fuß- und Kfz-Verkehr werden, als Grundlage für die nachfolgenden Steckbriefe, vorgestellt. Dabei werden die einzelnen Kategorien sowie Gründe für deren Festlegung dargelegt. Von Seiten aller Fraktionen erfolgen Anmerkungen zu den Grundnetzen und es werden verschiedene Vorschläge über Aufnahme, Auslassungen und Abstufung der Netze gemacht. Die Verwaltung erläutert, dass es sich hierbei um Detailvorschläge handelt, die sich regelmäßig zudem auf den Ist-Zustand beziehen und damit die Zielperspektive außer Acht lassen und überdies teilweise persönliche Erfahrungswerte beinhalten. Verschiedene Detailfragen zur Einteilung der Netze werden durch das Planungsteam beantwortet. Alle Fraktionen sehen die Notwendigkeit zu kleineren Anpassungen bei der Darstellung der Netze, diese sollen fraktionsbezogen gesammelt und der Verwaltung mitgeteilt werden.

Die SPD-Fraktion bekräftigt bezüglich des Grundnetzes Kfz-Verkehr, dass eine stadtweite Ausweisung von Tempo 30 wünschenswert ist. Das Planungsteam erläutert, dass das dargestellte Grundnetz die aktuelle Rechtssituation berücksichtigen muss, die nicht an jeder beliebigen Stelle die Ausweisung einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h erlaubt. Die Verwaltung erklärt, dass die Novellierung der gesetzlichen Grundlagen abzuwarten ist. Von Seiten der BfM wird auf die notwendige Vereinbarkeit des ÖPNV (Bus) mit zulässigen Höchstgeschwindigkeiten hingewiesen. Es werden zudem Detail- und Verständnisfragen geklärt.

Durch das Planungsteam werden alsdann die elementaren Projektsteckbriefe vorgestellt. Zunächst werden die Steckbriefe des Handlungsfeldes 1 - „Meckenheimer Verkehrsräume als lebenswerte Stadträume“ präsentiert und, wie nachfolgend dargestellt, diskutiert.

1.1.2 Notwendige Teilprojekte zur Aktualisierung des Kfz-Grundnetz:

Die CDU-Fraktion erkundigt sich, inwiefern die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h innerörtliche Schleichverkehre entlang ungewollter Routenverläufe bedingen kann. Das Planungsteam erklärt, dass im Regelfall Knotenpunktdichte, Ein- und Ausfahrten sowie Vorfahrtsregelungen Schleichverkehre unterbinden. Die BfM-Fraktion sowie die CDU-Fraktion argumentieren über die Verträglichkeit des ÖPNV (insb. Bus) mit flächendeckender Tempo-30-Ausweisung. Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt die Verwaltung, dass es noch einige wenige Bereiche gibt, in denen eine Anordnung einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h, aufgrund sozialer Einrichtungen oder zugunsten des Lärmschutzes, ohne eine Novellierung der StVO möglich ist. Das Planungsteam stellt zudem die Zielzonierung des Kfz-Verkehrs für den Zeithorizont 2035 / 2040 vor. Hierzu werden Detailfragen der Fraktionen beantwortet.

1.3 Optimierung verkehrskritischer Knotenpunkte

Von Seiten mehrerer Fraktionen wird die Aufnahme des Knotenpunktes Gudenauer Allee/Gerhard-Boeden-Straße/Siebengebirgsring angeregt.

1.4 Schaffung lebenswerter Ortskerne / Straßenzüge

Durch das Planungsteam werden die Fokusräume Bahnhofsareal/Stadtentree in

Verbindung mit der Bahnhofstraße, Klosterstraße, sowie die Fokusräume in den Ortsteilen Altendorf und Ersdorf sowie Lüftelberg vorgestellt.

Von Seiten der CDU-Fraktion erfolgen mehrere detaillierte Anmerkungen zum Fokusraum Bahnhofsareal/Stadtentree und Bahnhofstraße (u.a. Zufahren, Parkplätze, Lärmschutz). Es wird zudem die Nachfrage gestellt, ob ein Erreichen des Busbahnhofs für den Fußgängerverkehr auch direkt vom Baumschulenweg möglich sein sollte. Die BfM-Fraktion sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die Planungen und weisen auf die notwendigen Detailplanungen hin. Die SPD-Fraktion erklärt, dass die Planungen in hoher Abhängigkeit zur geplanten L 163n stehen.

Bezüglich des Fokusortes Klosterstraße erklärt die SPD-Fraktion, dass die geplante Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn kritisch betrachtet wird. Die UWG-Fraktion kritisiert die vorgeschlagene Einbahnregelung der Kirchfeldstraße und schlägt vor, dass für eine Verbreiterung des Straßenraumes/Gehwegs Teile des Grundstückes des Seniorenheimes angekauft werden sollten. Die BfM-Fraktion merkt an, dass aus Ihrer Sicht ein freiwilliger Verkauf von Flächen eher fraglich sei. Von Seiten der SPD-Fraktion wird die vorgeschlagene Einbahnstraße ebenfalls kritisch beurteilt. Das Gremium einigt sich darauf, die Vorschläge der FDP-Fraktion sowie der Verwaltung aufzugreifen. Demnach wird keine Einbahnstraße dargestellt aber im Steckbrief auf die vorgesehene Verbreiterung des Gehweges hingewiesen. Die Beibehaltung der Fußgängerampel Kirchfeldstraße/ Klosterstraße/ Glockengasse/ sowie ein Multifunktionsstreifen im 2. und 3. Abschnitt werden fraktionsübergreifend begrüßt.

In Bezug auf den Fokusort der Ortsteile Altendorf und Ersdorf weist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf hin, dass der schwer einsehbare Knotenpunkt Rosskamp/ Ahrstraße Teil der Apfelroute ist. Von Seiten der Verwaltung wird erläutert, dass eine Verlegung der Fahrradrouten nicht durch das Gremium beschlossen werden kann. Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Routenführung weniger gefährlich sei, als die Alternative über den Knotenpunkt L471/ L261. Der dargestellte Ausbau der Gehwege wird fraktionsübergreifend begrüßt.

Im Verlauf der Diskussion über den Fokusort Lüftelberg drückt die SPD-Fraktion ihre Zustimmung zu dem Steckbrief aus. Die Petrusstraße sollte als Einbahnstraße jedoch für den Fahrradverkehr weiterhin in beide Richtungen befahrbar sein.

Die übrigen Steckbriefe des Maßnahmenfeldes 1 werden in Kürze dargestellt. Von Seiten der Fraktionen gibt es keine Anmerkungen.

Das Büro leitet zu den elementaren Steckbriefen des Handlungsfeldes 2 - „Die Nahmobilität als Hauptmobilitätsträger der Zukunft innerhalb von Meckenheim“ über.

Zum Steckbrief 2.1 bestehen von Seiten der Fraktionen keine Anmerkungen.

Im Rahmen der Diskussion um den Steckbrief 2.8 „Verbesserte Erschließung des gesamten Stadtgebietes mit dem Stadtbus“ regen CDU- und BfM-Fraktion veränderte Linienführungen durch die Merler Straße bzw. Godesberger Straße an.

Von Seiten der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass diese Diskussion nicht im Rahmen des Mobilitätskonzepts stattfinden sollte. Für beide Straßen liegen Beschlüsse vor, welche eine geänderte Linienführung, eben nicht über diese Straßen, zum Inhalt haben. Die Verwaltung sowie die UWG-Fraktion sprechen sich dafür aus, dass das Mobilitätskonzept keine Steckbriefe beinhalten sollte, die politischen Beschlüssen entgegenstehen. Von Seiten der SPD-Fraktion sowie der BfM-Fraktion wird ein besserer Anschluss des Ortsteils Lüftelberg an das Busnetz thematisiert. Die Verwaltung weist darauf hin, dass seinerzeit die geringe Anzahl von Fahrgästen aus und nach Lüftelberg zunächst zur Aufgabe der Linienführung und letztendlich auch zur Aufgabe eines bedarfsgestützten Systems geführt haben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regt eine zusätzliche Haltestelle in der Giermaarstraße an, die von Seiten der Verwaltung unter Hinweis auf die Anbaufreiheit der Landesstraße als kaum umsetzbar eingeschätzt wird. Mehrere Fraktionen stellen Rückfragen zur möglichen Anbindung des geplanten Neubaugebietes „Merler Keil III“. Das Projektteam und die Verwaltung weisen darauf hin, dass die erschließenden Knotenpunkte in Teilen für Gelenkbusse nicht ausreichend Fläche bereitstellen.

Im Anschluss der Elementarsteckbriefe werden die übrigen Steckbriefe (2.2 – 2.7) zusammenfassend vorgestellt.

Zum Steckbrief 2.2 „Radnetzlücken schließen“ führt die UWG-Fraktion zum Knotenpunkt Giermaarstraße/ Königsberger Straße aus, dass dieser, aufgrund der erheblichen Belastung durch den Kfz-Verkehr, nicht für das Radwege- und Fußwegenetz genutzt werden sollte. Zudem stehen in rd. 50 m Entfernung Alternativen zur Querung der Giermaarstraße zur Verfügung. Die Verwaltung antwortet, dass es sich hierbei um eine zukünftige Betrachtung handelt, die Ausbauten erfordert. Diese sind notwendig, um bei einer deutlichen Zunahme von Rad- und Fußverkehr Alternativen zu den bestehenden Routen zu schaffen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergänzt, dass die Radnetzführung in Richtung Industriepark aufgewertet werden sollte.

Von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zum Steckbrief 2.6 „Entwicklung eines Fahrradstraßennetzes“ die Nachfrage gestellt, ob dieser Steckbrief auch die Ausweisung von Fahrradstraßen beinhalten kann und wie das PR-Dilemma einer Nachbarstadt vermieden werden kann. Von Seiten der Verwaltung wird erläutert, dass, wenn Fahrradstraßen ausgewiesen werden, dies in Zusammenarbeit mit Politik und Öffentlichkeit geschieht und die Fahrradstraßen nur zu ihrem eigentlichen Zweck geplant werden sollen und nicht zur Vermeidung von Kfz-Umfahrungsverkehren. Die SPD-Fraktion regt zum selbigen Steckbrief an, dass das Vorhandensein von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an geeigneten Stellen, z.B. Bushaltestellen, im gesamten Stadtgebiet zu prüfen ist. Vom Projektteam wird in diesem Zusammenhang auf den Steckbrief 2.7 hingewiesen.

Zu den übrigen Steckbriefen bestehen keine Anmerkungen. Mit Blick auf die bisherige Sitzungsdauer von mehr als 4 Stunden schlägt die Verwaltung einen Wechsel des Formates vor. Inhaltlich haben die nachfolgenden Handlungsfelder 3 – „Vernetzte Pendlerstadt“, 4 – „Intelligenter Wirtschafts- und Kundenverkehr der Zukunft“ sowie 5 – „Stadt und städtische Einrichtungen als Vorreiter“ in der Vorbesprechung zu keinen konträren Anmerkungen geführt. Daher erhält das Gremium Gelegenheit, sich gesammelt zu allen übrigen Steckbriefen zu äußern.

Die Ausschussvorsitzende stimmt dem Vorgehen zu. Von Seiten des Gremiums erfolgt keine anderslautende Wortmeldung.

Es werden verschiedene Verständnisfragen geklärt, die u.a. Einschätzungen zu Querungshilfen sowie den Verlauf des Radwegenetzes zum Inhalt haben.

Die UWG-Fraktion stellt eine Verständnisfrage zur „Brötchentütenaktion“, die von Seiten des Projektteams als mögliche Werbemaßnahme für Mobilitätsformen bzw. als Anregung zur Änderung des eigenen Mobilitätsverhaltens, gedruckt auf Brötchentüten lokaler Backwarenanbieter, erklärt wird.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt die Rückfrage, inwiefern Car-Sharing-Angebote sowie die Belastung der Ortsteile Altendorf und Ersdorf durch den Schwerlastverkehr im Mobilitätskonzept berücksichtigt werden. Die Verwaltung antwortet, dass Car-Sharing nicht im Rahmen des Konzeptes diskutiert wird, aber generell nach möglichen Betreibern gesucht wird. Die Mehrheit der Anbieter präferiert jedoch weiterhin Großstädte. Mit einem Betreiber werden aktuell Gespräche über ein wohnortnahes Konzept geführt.

Bezüglich des Schwerlastverkehrs ist darauf hinzuweisen, dass die Landesstraße durch die Ortsteile Altendorf und Ersdorf weiterhin eine offizielle Umleitungsrouten darstellt und somit von Seiten der Verwaltung keine Möglichkeit besteht, Schwerlastverkehr im Bedarfsfall an der Durchfahrt zu hindern. Ein entsprechender Steckbrief im Konzept würde an diesen Tatsachen nichts ändern und zudem unerfüllbare Erwartungshaltungen generieren.

Von Seiten des Ausschusses bestehen keine weiteren Anregungen. Die Verwaltung bittet darum, dass, sofern weitere Anpassungswünsche oder Verständnisfragen auftauchen, diese innerhalb der Fraktionen gesammelt und der Verwaltung zugeleitet werden. Diese Sammlungen können dann innerhalb der nächsten Sitzung, in der das Mobilitätskonzept thematisiert wird, abgearbeitet werden.

Meckenheim, den 27.03.2024

Schriftführer